

## **„Pflichtenheft Umwelt“ für die neue Regierung**

Stand: 5. November 2009

Union und FDP stellen die Umweltbewegung vor große Herausforderungen. Auf der einen Seite nennen sie im Koalitionsvertrag "Nachhaltigkeit" und "gute Lebensbedingungen für die kommenden Generationen" als Ziele ihrer Politik und wollen den Klimaschutz voranbringen. Auf der anderen Seite schonen sie energieintensive Industrien und nennen zu wenige konkrete Maßnahmen für den Umwelt- und Naturschutz. Schwarz-Gelb spricht sich für die Atomkraft und Gentechnik aus und will den Verbraucherschutz, z. B. bei gefährlichen Chemikalien, aufweichen. In den ersten 100 Tagen wird sich zeigen, welche Richtung die neue Regierung einschlagen wird. Wir stellen wir Ihnen eine Liste mit Maßnahmen und Projekten vor, die die neue Regierung bis Anfang nächsten Jahres in Angriff nehmen muss – wenn sie den Natur- und Umweltschutz voranbringen will.

### **Energiepolitik**

Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung ist im Bereich Energiepolitik widersprüchlich. Zwar soll an den klimapolitischen Zielen der alten Bundesregierung festgehalten werden, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken (bis 2050 sollen die Emissionen um 80 Prozent gesenkt werden) und der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Doch die Befürwortung neuer Kohlekraftwerke – sogar gebaut mit Geldern des Emissionshandels – und der Atomkraft stehen einer zukunftsfähigen Energiepolitik im Wege. Wichtige Entscheidungen im Bereich Atom, Kohle und Energieeffizienz werden zeigen, ob die neue Regierung die Energiepolitik in zukunftsfähige, das heißt klimafreundliche, ressourcenschonende und sichere Bahnen lenken wird.

- **Atomkraftwerke Neckarwestheim1, Biblis A und Brunsbüttel abschalten**

Atomkraftwerke stellen nicht nur ein untragbares Sicherheitsrisiko dar. Sie bremsen Investitionen in die Erneuerbaren Energien und „verstopfen“ als unflexible Großkraftwerke die Stromnetze. Die neue Bundesregierung will die Entscheidung für AKW-Laufzeitverlängerungen frühestens Ende 2010 treffen. Laut Atomgesetz müssen jedoch die Atomkraftwerke Neckarwestheim1, Biblis A und Brunsbüttel schon vorher vom Netz gehen. Um dies zu verhindern, können die Kraftwerksbetreiber Strommengenübertragung von neueren AKW auf diese alten Atomkraftwerke beantragen. Die vorherige Bundesregierung hatte diese Anträge mit der Begründung angelehnt, dass es dadurch zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage kommt, was das Atomgesetz verbietet. Auch Umweltminister Norbert Röttgen muss sich an dieses Gesetz halten und etwaige Anträge ablehnen – und damit eine Entscheidung für die Sicherheit und für die Erneuerbaren Energien treffen.

- **CCS-Gesetz nicht gegen Bürgerwillen durchsetzen**

Im Juni ist das Gesetz zur Versenkung des Kohlendioxides aus Kohlekraftwerken in die Erde (CCS-Gesetz) am Widerstand der Union gescheitert. Nicht die Ablehnung der CCS-Technologie sondern vielmehr die massiven Bürgerproteste hatten die CSU/CSU-Fraktion dazu bewegt, das umstrittene Gesetz vor der Bundestagswahl nicht mehr anzufassen. Auch nach der Wahl darf die Union mit ihrem neuen Koalitionspartner dieses Gesetz nicht gegen den Willen der Bevölkerung auf den Weg bringen. Noch bestehen erhebliche Zweifel an der Sicherheit und am ökologischen Nutzen dieser Technologie. Sie dient Stromkonzernen alleine als grünes Deckmäntelchen, unter dem neue klimaschädliche Kohlekraftwerke gebaut werden sollen. Die geplante hohe staatliche Subventionierung von CCS lehnt der BUND deshalb ab.

- **Ein wirksames Energieeffizienzgesetz auf den Weg bringen**

Ein Energieeffizienzgesetz hätte nach EU-Vorgaben bereits im Mai verabschiedet werden müssen. In Brüssel wurde deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Ein wirksames Gesetz, durch das der Primärenergieverbrauch bis 2020 um mindestens zwei Prozent jährlich im Verhältnis zum Vorjahr gesenkt werden kann, ist nicht nur wichtig, um die nationalen Klimaziele zu erreichen. Es entlastet Wirtschaft und Verbraucher massiv, die Abhängigkeit von Energieimporten kann gesenkt und der Arbeitsmarkt angekurbelt werden.

Wesentlicher Bestandteil des Energieeffizienzgesetzes sollte die Einrichtung eines Klimaschutzfonds sein, durch den Energiesparberatung und Energiespartechnik für einkommensschwache Haushalte gefördert sowie ein Marktanreizprogramm für effiziente Elektrogeräte finanziert werden. Mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr sind

nach Einschätzung des BUND für den Klimaschutzfonds notwendig. Diese Mittel können durch Verwendung eines Teils der Einnahmen aus der Versteigerung der CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte aufgebracht werden.

### ***Internationaler Umweltschutz***

Im Dezember soll in Kopenhagen ein Kyoto-Anschlussabkommen unterzeichnet werden, das die globale Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius eindämmen soll. Doch die Industrieländer gefährden den Erfolg der Verhandlungen, weil sie sich weder auf ausreichende CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele noch genügend finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer festlegen wollen. Auch die Bundesregierung ist verantwortlich dafür, dass Kopenhagen gelingt.

- **Merkel muss Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen**

Die Bundesregierung muss international wieder eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen. Dazu muss sie schon im Vorfeld der UN-Klimakonferenz verlässliche und konkrete Zusagen an die Entwicklungsländer für Technologietransfer und Finanzhilfe in Höhe von rund 7 Mrd. Euro pro Jahr ab 2012 machen. Das bedeutet auch, die eigenen Emissionsreduktionen am wissenschaftlich Notwendigen zu orientieren und sich innerhalb der EU für ein Klimaszuchtziel von mindestens minus 45 Prozent CO<sub>2</sub> bis 2020 einzusetzen und in jedem Fall zu verhindern, dass die EU hinter die angekündigten 30 Prozent zurückfällt. Deshalb muss Kanzlerin Angela Merkel selbst nach Kopenhagen reisen, um rasche Entscheidungen in der EU-Delegation und Absprachen zwischen den Industriestaaten zu ermöglichen.

- **Klimaschutz zuhause realisieren, Anteil der CDM-Zertifikate senken**

Durch die Möglichkeit, sich durch Klimaschutz-Projekte in Entwicklungsländern im Rahmen des sogenannten Clean Development Mechanism (CDM) freizukaufen, geht der Anreiz verloren, die industrielle Produktion emissionsärmer zu gestalten. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag angekündigt, die Deckelung der CDM-Zertifikate zu überprüfen. Wenn in der Folge noch mehr CDM-Zertifikate von der Industrie erworben werden können, wird der Klimaschutz aufgeweicht. Deshalb muss die Bundesregierung den Anteil der CDM-Zertifikate senken.

### ***Verkehr***

- **Straßenerhalt vor Straßenneubau**

Statt den Verkehr von der Straße auf die umweltfreundliche Schiene zu verlagern, will Schwarz-Gelb mehr in den Straßenbau investieren. Die Einnahmen aus der Lkw-Maut, das sind 3,5 Milliarden Euro jährlich, sollen künftig ausschließlich für den Fernstraßenbau ausgegeben werden. Statt Straßen neu zu bauen müsste vielmehr in den Erhalt der vorhandenen Straßen investiert werden: Über 40 Prozent der Fahrbahnoberflächen der 53.000 km Bundesstraßen gelten als „schlecht“ (17,9%) oder „sehr schlecht“ (23,5 %). Rund 20 Prozent des 12.500 km langen Bundesautobahnnetzes werden ebenfalls als schlecht und sehr schlecht bewertet. Von den 37.000 Brücken im Bereich der Bundesfernstraßen müssen ausweislich des 2007er Straßenbauberichts 46 Prozent in den nächsten 5 Jahren erneuert oder saniert werden.

Aufgabe des neuen Verkehrsministers wird es sein, den Sanierungsbedarf zu ermitteln und den notwendigen Betrag im Etat einzuplanen. Der BUND wird genau darauf achten, ob die Aussagen des Koalitionsvertrags „Erhalt vor Neubau“ und „Beendigung des Substanzverlustes“ wirklich umgesetzt werden.

### ***Landwirtschaft und Agrarpolitik***

- **Milchmarkt stabilisieren**

„Aufgrund der derzeitigen Marktlage werden wir uns weiter für die Aussetzung der auf EU-Ebene beschlossenen Quotenerhöhungen einsetzen.“ Dies verspricht die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag in Sachen Milchpolitik. Und: „...um aktuell drohende Flächenbrachen und damit verbunden unwiderrufliche Schäden für Natur und Kulturlandschaft zu verhindern wird ein zweijähriges „Grünlandmilchprogramm des Bundes“ in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro aufgelegt.“ Der BUND begrüßt es, dass sich die Bundesregierung gegen eine Mengenausweitung bei Milch ausspricht. Dies weist in die richtige Richtung. Ein zweijähriges Grünlandmilchprogramm kann dagegen nur von Betrieben angenommen werden, die die nächsten zwei Jahre überleben. Ein Überleben der knapp 100 000 Milchviehbetriebe in Deutschland hängt aber davon ab, ob es der Bundesregierung gelingt, die Einkommen der Milcherzeuger zu stabilisieren. Eine dauerhafte Milchpreisanhebung auf ein kostendeckendes Niveau ist nur mit einer Abkehr von der klimaschädlichen Überproduktion möglich. Deutschland muss sich daher kompromisslos für eine EU-weite Milchmengenbegrenzung auf den Bedarf innerhalb der EU einsetzen. Prämien und Sonderzahlungen sind nicht sinnvoll und nicht effizient, weil sie umgerechnet auf den Liter Milch stets nur wenige Cent bedeuten und keine dauerhaft besseren Milchpreise und damit keine langfristigen Einkommenseffekte ergeben.

- **Produktkennzeichnung verbessern**

„Auf Verpackungen von Lebensmitteln darf nur drauf stehen, was drin ist“, heißt es im Koalitionsvertrag. Der BUND unterstützt diese Absicht und appelliert an die Bundesregierung, umgehend irreführende Bilder von Kühen auf Weiden und ‚glücklichen‘ Schweinen im Freien auf jenen Produkten zu untersagen, die in Wirklichkeit aus industrialisierter Agrarwirtschaft stammen, die mit Weide- und Auslaufhaltung nichts zu tun hat.

- **Verbraucherinformationsgesetz novellieren**

Der Koalitionsvertrag verspricht auch: „Das geltende Verbraucherinformationsgesetz (VIG) wird reformiert“. Eine solche Reform unterstützen wir unter der Voraussetzung, dass das VIG deutlich nachgebessert wird. Die Novelle muss sicherstellen, dass Verbraucher nicht nur gegenüber Behörden, sondern endlich auch gegenüber Unternehmen Auskunftsrechte erhalten. Informationsgesuche von Verbrauchern müssen künftig schneller und zu geringeren Kosten beantwortet werden, damit das Gesetz einen tatsächlichen Nutzen für Verbraucher entfaltet. Auch den Satz: „Zur Vermeidung zukünftiger Gammelfleischskandale werden Schlachtabfälle (sogenanntes K-3-Material) eingefärbt“ können wir unterschreiben und fordern eine rasche Umsetzung – bevor ein nächster Gammelfleischskandal die Gesundheit von Menschen gefährdet.

- **Ökolandbau stärker fördern**

„Wir wollen den ökologischen Landbau insbesondere im Bereich Forschung fördern“ verspricht die Koalition noch. Der BUND erwartet von der Bundesregierung, den Ökolandbau als Strategie zur Senkung der Klimaemissionen aus der Landwirtschaft und zur gleichzeitigen Anpassung an den Klimawandel großzügiger zu fördern. Die Bundesregierung muss darüber hinaus den Weltagrarbericht unterzeichnen und zur Fortschreibung des Berichts beitragen, in dem rund 400 internationale Agrarexperten ökologischen und bäuerlichen Landbauverfahren eine zentrale Bedeutung zur künftigen Sicherung der Welternährung zusprechen.

### ***Gentechnik***

- **Gesetze einhalten und Nulltoleranz beibehalten**

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag angekündigt, dass sie die Nulltoleranz für in der EU nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen (GVO) kippen will. D.h. nicht abschließend oder möglicherweise überhaupt nicht sicherheitsbewertete GMO sollen in Lebens- und Futtermitteln vorkommen dürfen, nicht gekennzeichnet und damit unsichtbar für Verbraucherinnen und Verbraucher. Dafür will die schwarz-gelbe Koalition das Gentechnikgesetz und das EG-Gentechnikdurchführungsgesetz ändern. Sollten diese Pläne in die Tat umgesetzt werden, wären verschiedene Rechtsbrüche die Folge: Das EU-Recht würde gebrochen. Danach dürfen GMO, die über keine EU-Zulassung verfügen, nicht in Verkehr gebracht werden. Werden sie trotzdem in Lebens- und Futtermitteln oder Heimtierfütterung gefunden, führt dies zu Rückrufaktionen: Produkte, die mit in der EU nicht zugelassenen GMO verunreinigt sind, müssen umgehend vom Markt genommen werden. Auch das in der EU-Gesetzgebung und im deutschen Recht verankerte Vorsorgeprinzip würde außer Kraft gesetzt.

### ***Chemikalienpolitik***

- **Verbraucherrechte wahren: gefährliche Chemikalien verbieten**

Damit die Regierung ihr Ziel, die Verbraucherrechte zu wahren, erreichen kann, muss sie die Umsetzung der europäischen Chemikalienverordnung REACH unterstützen. REACH steht für die europaweit einheitlich geregelte Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien. Die Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, dass möglichst viele der besonders gefährlichen Chemikalien auf die Liste der für ein Verbot vorgesehenen Stoffe gesetzt werden (sogenannte „Kandidatenliste“). Der Verbraucher erhält damit das Recht zu erfahren, ob diese Stoffe in einem Produkt enthalten sind. Ziel ist der Ersatz gefährlicher Stoffe durch weniger schädliche Alternativen.

- **Biozidrichtlinie**

Auf EU-Ebene steht die Revision der neuen Biozidrichtlinie an. Hier wird sich zeigen, wie ernst es der neuen Regierung mit dem Verbraucherschutz wirklich ist. Der im Koalitionsvertrag angesprochene Abbau bürokratischer Hürden für die Zulassung von Biozidprodukten darf nicht mit einer Erhöhung der Risiken für die Verbraucher verbunden sein. Genehmigungs- und Zulassungsentscheidungen sind auf dem aktuellsten wissenschaftlichen Kenntnisstand zu treffen. Reduzierungen bei den Datenanforderungen gefährden diese Regel.

### ***Naturschutz***

- **Engagiertes Post-2010-Ziel zum Erhalt der Biodiversität definieren**

2010 ist das Internationale Jahr der Biodiversität, in dem eigentlich der Stopp des Verlustes an biologischer Vielfalt erreicht sein sollte. Da dieses Vorhaben verfehlt wird, muss die neue Bundesregierung mit einem engagierten und konkreten Ziel für den Erhalt der biologischen Vielfalt vorangehen. Als Vorsitzland der Convention über Biologische

Vielfalt der Vereinten Nationen hat Deutschland hier eine Vorbildwirkung. In den nächsten Wochen sind konkrete Schritte mit den dazugehörigen Finanzierungen vorzulegen.

- **Bundesprogramm Biologische Vielfalt inhaltlich und finanziell füllen**

Das im Koalitionsvertrag angekündigte Bundesprogramm für Biologische Vielfalt muss mit einem Maßnahmenkatalog konkretisiert werden. So sind zentrale Handlungsfelder wie der Arten- und Biotopschutz sowie der Moorschutz nicht benannt. Im Zuge der Aufstellung des Bundeshaushalts 2010 ist dieses Bundesprogramm ebenso wie das im Koalitionsvertrag genannte Wiedervernetzungsprogramm mit ausreichenden Ressourcen auszustatten. Um eine Kontinuität der Umsetzung des Programms zu ermöglichen, sind bereits im Haushalt 2010 finanzielle Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre festzuschreiben. Jährlich sind dafür 300 Millionen einzustellen.

- **Grünes Band: Naturschutzgroßprojekt sofort bewilligen und Kriterien für Nationale Naturmonumente entwickeln**

Im Koalitionsvertrag bekennt sich die neue Regierung zur Bedeutung des Grünen Bandes als Nationales Naturerbe. Um dieses Bekenntnis mit Leben zu erfüllen, muss das seit 2006 erarbeitete Naturschutzgroßprojekt "Grünes Band: Rodachtal – Lange Berge – Steinachtal" bewilligt und der dafür gegründete Zweckverband aus den Landkreisen Coburg, Kronach, Hildburghausen und Sonneberg unter Mitwirkung des BUND und des Landesbundes für Vogelschutz (LBV) mit der Umsetzung des auf 12 Jahre angelegten Projektes beauftragt werden.

Das Umweltministerium muss die neue Schutzgebietskategorie „Nationales Naturmonument“ so ausgestalten, dass die Bundesländer die jeweiligen Abschnitte des Grünen Bands als Nationales Naturmonument ausweisen können.

**Kontakt und weitere Informationen:**

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Tel.: 030/2 75 86-40

[presse@bund.net](mailto:presse@bund.net)

[www.bund.net](http://www.bund.net)